

## Inhalt

Die Delegation der Syrischen Arabischen Republik .....	3
Vorwort .....	4
Sponsoren der Berliner Delegation bei der National Model United Nations Conference 1996 .....	6
<hr style="width: 20%; margin-left: 0;"/>	
1. Einleitung .....	7
2. Die National Model United Nations Conference .....	8
3. Die UN-Study Tour .....	10
3.1 Secretariat Briefing on UNCTAD .....	11
3.2 Secretariat Briefing on Human Rights .....	12
3.3 Secretariat Briefing on HABITAT .....	13
3.4 Secretariat Briefing on the Agenda for Peace .....	14
3.5 Secretariat Briefing on UNIFEM .....	16
3.6 Secretariat Briefing on the Commission on Sustainable Development .....	17
4. Der Besuch bei der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen .....	19
5. Die Syrische Arabische Republik: Ein Überblick .....	21
6. Der Besuch bei der Syrischen Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen .....	22
7. Die Arbeit der Syrischen Delegation auf der National Model United Nations Conference 1996 .....	23
7.1 Die Syrische Arabische Republik in der Generalversammlung .....	23
7.2 Die Syrische Arabische Republik im Zweiten Ausschuß der Generalversammlung .....	25
7.3 Die Syrische Arabische Republik im Dritten Ausschuß der Generalversammlung .....	27
7.4 Die Syrische Arabische Republik im Vierten Ausschuß der Generalversammlung .....	31
7.5 Die Syrische Arabische Republik auf der „Conference on Human Settlement“ (Habitat II) .....	34
7.6 Die Syrische Arabische Republik im Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) .....	36
7.7 Die Syrische Arabische Republik in der Organisation der Islamischen Konferenz (OIK) .....	38
7.8 Die Syrische Arabische Republik in der Weltgesundheitsorganisation (WHO) .....	40

---

## National Model United Nations 1996

### Delegation der Syrischen Arabischen Republik

Kai Baldow	Jura	FU Berlin	GV, 2. Ausschuß
Tanja Baur	Politologie	FU Berlin	Generalversammlung
Michael Borg	Politologie	FU Berlin	Organisation der Islam. Konferenz
Peter Girke	Jura	FU Berlin	GV, 2. Ausschuß
Rolandas Kazlauskas	Politologie	FU Berlin	GV, 2. Ausschuß
Ulrich Keunecke	Jura	FU Berlin	GV, 4. Ausschuß
Sabine Kittel	VWL	FU Berlin	UNEP
Beate Klemm	Politologie	FU Berlin	UNEP
Anita Kreutz	Jura	FU Berlin	GV, 3. Ausschuß
Ferdinand Martens	Jura	Viadrina Universität	GV, 3. Ausschuß
Franziska Rahner	Politologie	FU Berlin	Generalversammlung
Henning Riecke	Politologie	FU Berlin	GV, 4. Ausschuß
Grit Schmalisch	VWL	FTW	Organisation der Islam. Konferenz
Clemens Schöll	Politologie	FU Berlin	HABITAT
Sachka Stefanova	Politologie	FU Berlin	HABITAT
Frank Wernecke	Politologie	FU Berlin	WHO
Holger Wettingfeld	Politologie	FU Berlin	WHO
<b>Faculty Advisors</b>			
Klaus Hüfner	VWL	FU Berlin	
Peggy Wittke	Jura	FU Berlin	

## Vorwort

Angesichts des positiven Echos, das unserer ersten Teilnahme bei der *National Model United Nations Conference* im April 1995 folgte, entschlossen wir uns, dieses Projekt auch 1996 an der Freien Universität Berlin anzubieten. Für die Teilnahme an der *National Model United Nations Conference 1996* bewarben sich so viele hochmotivierte Studentinnen und Studenten unterschiedlicher Fachbereiche, daß wir ein Bewerbungsverfahren einführen mußten. Aus finanziellen und organisatorischen Gründen konnten wir leider nur insgesamt 17 Teilnehmer mitnehmen. Die Eindrücke und Erlebnisse, die diese 17 Studenten aus New York mitbrachten, sind in diesem Bericht dokumentiert und machen wiederum deutlich, welche Möglichkeiten die Teilnahme an der *National Model United Nations Conference* bietet. Hierzu gehört nicht nur das Erfolgserlebnis internationaler konstruktiver Zusammenarbeit, sondern auch, weitaus realitätsnaher, die Frustrationen und Ergebnislosigkeit mancher Verhandlungen. Für die Nachwuchsdiplomaten erscheint es insbesondere wichtig, mit letzterem Phänomen umgehen zu lernen, spiegelt es doch im wesentlichen das Hauptproblem Internationaler Beziehungen wider. Die Teilnahme an der *National Model United Nations Conference* stellt eine wichtige praktische und pädagogisch wertvolle Ergänzung dessen dar, was in Vorlesungen und Seminaren über die Strukturen und Funktionen der Vereinten Nationen theoretisch erarbeitet wurde; sie trägt dazu bei, die Lücke zwischen Theorie und Praxis zu schließen, schärft den Sinn für realitätsnahe Verhandlungssituationen und Kompromißnotwendigkeiten. Damit werden die Unterschiede zwischen nationalen und internationalen Eigenarten bei der Formulierung und Umsetzung von Politik-Maßnahmen sichtbar und die Fähigkeiten zu tragbaren Kompromissen geschult.

Hinsichtlich der Vorbereitung der Teilnehmer konnten wir wertvolle Kontakte, die auf der letzten Konferenz 1995 entstanden waren, nutzen. Dazu gehören insbesondere die konstruktive Zusammenarbeit mit einer Gruppe der Universität München, die bereits seit mehreren Jahren unter der Leitung von Herrn Dr. Dietmar Herz und Frau Sonja Laubach-Hintermeyer nach New York zu der *National Model United Nations Conference* fährt und so über unschätzbare Erfahrungen verfügt. Im Februar 1996 nahm die Berliner Delegation auf Einladung der Münchener Delegation an einer zweitägigen Probesimulation in München teil. Hier konnten die Teilnehmer erstmals ihre erworbenen diplomatischen Kenntnisse im größeren Rahmen erproben und zudem auch erste Kontakte zu den Münchener Studenten knüpfen, die in New York den für Syrien interessanten UN-Mitgliedstaat Israel vertraten.

Weiterhin ist die hervorragende Kooperation mit dem Weltverband der UN-Gesellschaften (*World Federation of United Nations Associations - WFUNA*), insbesondere mit Ms. Sharon McHale, *Special Assistant to the Deputy Secretary-General*, zu nennen. Ihr verdanken wir die Organisation einer UN-Study Tour, die im Vorfeld der Konferenz den Teilnehmern die einmalige Möglichkeit bot, hinter die Kulissen der Vereinten Nationen zu blicken.

Darüber hinaus danken wir Herrn Dr. Bernhard Neugebauer, Botschafter a.D., der uns an seinen langjährigen Erfahrungen in den Vereinten Nationen teilhaben ließ, sowie Herrn Dr. Hans Günter Lobmeyer als Syrien-Experten. Beide trugen wesentlich zu einer umfassenden inhaltlichen Vorbereitung der Studenten für ihre NMUN-Teilnahme bei.

Unser besonderer Dank gilt der Freien Universität Berlin, die mit der kontinuierlichen Förderung dieses Projektes unsere Teilnahme an der *National Model United Conference* überhaupt erst ermöglichte und damit abermals ihr Interesse an studentischen Projekten als wertvolle Ergänzung der universitären Ausbildung verdeutlichte, sowie dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD), der unseren Aufenthalt bei den Vereinten Nationen in New York ebenfalls finanziell förderte.

Klaus Hüfner

Peggy Wittke

## **Sponsoren der Berliner Delegation bei der National Model United Nations Conference 1996**

Wir bedanken uns bei den folgenden Personen, Unternehmen und Institutionen für ihre finanzielle und/oder ideelle Unterstützung unserer Teilnahme am *National Model United Nations 1996*:

Autopia Reiseladen

Frau Chopra, UN-Dokumentationsstelle, Universitätsbibliothek der FU Berlin

con moto - Beratungsgruppe - ; München

Deutscher Akademischer Austauschdienst

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Bonn

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Lv. Berlin

Freie Universität Berlin, Außenamt

German Mission to the United Nations, New York

Dr. Hans Günter Lobmeyer, FB Politische Wissenschaften, Freie Universität Berlin

Sharon McHale, Special Assistant to the Deputy Secretary-General, WFUNA, New York

Herr Dr. Bernhard Neugebauer, Botschafter a. D.

Syrian Mission to the United Nations, New York

Mrs. Annabelle Wiener, Deputy Secretary-General, WFUNA, New York

Special thanks to Geneviève Libonati for continuing support !

## 1. Einleitung

Zum zweiten Mal können wir eine Dokumentation unserer Teilnahme an der *National Model United Conference* vorlegen. Inhalt dieser Dokumentation ist nicht nur ein Bericht über unsere Teilnahme an der *National Model United Nations Conference* selbst, sondern auch eine Darstellung unserer Aktivitäten im Vorfeld der Konferenz, die hiermit in engem Zusammenhang stehen.

Zu diesen Aktivitäten gehört die zweitägige UN-Study Tour, die die *World Federation of United Nations Associations* für uns organisierte. Hier konnten die Teilnehmer im Vorfeld der NMUN-Konferenz Einblicke in die Arbeit der „echten“ Vereinten Nationen gewinnen, die sie später während der Simulation wirksam umsetzen konnten. Der Besuch in der Ständigen Vertretung Deutschlands bei den Vereinten Nationen gab einen illustrativen Überblick über die Tätigkeiten der Vertretungen der UN-Mitgliedstaaten bei der Vereinten Nationen. Der Leiter der Pressestelle, **Herr Botschaftsrat Dr. Dr. Krause**, informierte uns nicht nur über die Arbeit der Ständigen Vertretung, sondern gab auch wertvolle Tips zu Verhandlungstechniken in den Vereinten Nationen. Von syrischer Seite aus versorgte uns **Herr Botschafter Khalil Abou-Hadid**, *Minister Counsellor* der Ständigen Vertretung Syriens bei den Vereinten Nationen, mit wichtigen Hintergrundinformationen und entscheidenden Hinweisen zu diplomatischen Verhaltensweisen in den Vereinten Nationen.

Den Anfang dieser Dokumentation bildet eine Einführung über die Inhalte und Ziele der *National Model United Nations Conference*. Es folgt ein Überblick über die UN-Study Tour mit Berichten über die sechs Briefings, sowie eine zusammenfassende Darstellung unseres Besuches bei der *German Mission to the United Nations*.

Als Einstieg für die Berichte aus den einzelnen Ausschüssen und Gremien, in denen die Berliner Studenten als Vertreter Syriens mitarbeiteten, dient eine Kurzinformation über die Syrische Arabische Republik sowie der Bericht über unseren Besuch bei der *Syrian Mission to the United Nations*. Den Hauptteil dieser Dokumentation bilden die Berichte der Delegierten aus ihren *Committees*, denen jeweils zum besseren Verständnis eine kurze Zusammenfassung der Aufgaben des Gremiums vorangestellt sind.

Peggy Wittke

## 2. Die National Model United Nations Conference

Das *National Model United Nations* (NMUN) wurde 1946 als Nachfolger des 1923 gegründeten *Model League of Nations* ins Leben gerufen. Diese Programme wandten sich zunächst an Universitätsstudenten mit dem Ziel, durch eine möglichst authentische Simulation des Völkerbundes bzw. nunmehr der Vereinten Nationen den Studenten die Arbeit und Funktionsweisen der Internationalen Organisationen näherzubringen. Die Popularität der Model United Nations-Programme ist über die Jahre kontinuierlich gestiegen. Inzwischen werden Planspiele dieser Art auch an Schulen abgehalten, allein in den Vereinigten Staaten nehmen heute jährlich mehr als 60.000 Schüler und Studenten an UN-Simulationen teil. Diese Entwicklung ist aber nicht auf die Vereinigten Staaten begrenzt: in mehr als 25 Staaten dieser Welt werden heute Simulationen veranstaltet. In Berlin findet bereits seit einigen Jahren das BERMUN an der John-F.-Kennedy-Schule in Zehlendorf statt.

Das *National Model United Nations* in New York ist die größte Simulation der Vereinten Nationen der Welt. Jährlich nehmen rund 1.800 Studenten aus Nordamerika, Kanada und Asien, aber auch aus Europa an der sechstägigen Konferenz teil. Veranstalter des NMUN ist die 1946 gegründete *National Collegiate Conference Association, Inc.*, die eng mit den Vereinten Nationen zusammenarbeitet und seit 1995 als *Nongovernmental Organization* anerkannt ist. Das *Board of Directors*, dem seit 1995 auch der Privat-Dozent am Geschwister-Scholl-Institut der Universität München, Dr. Dietmar Herz, angehört, koordiniert und überwacht die Simulationen. Die eigentliche Vorbereitung der Konferenz übernimmt ein studentisches Organisationskomitee, das jeweils für ein Jahr gewählt wird. An der Spitze dieses Organisationskomitees steht der NMUN-*Secretary General*, unterstützt von einem *Director-General* und einem *Chief of Staff*.

Jede teilnehmende Hochschule vertritt auf der Konferenz einen zuvor ausgewählten Mitgliedstaat der Vereinten Nationen. Angelehnt an die Realität sind die Mitgliedstaaten in unterschiedlichen Gremien der Vereinten Nationen und Sonderorganisationen vertreten. Im Vorfeld der Konferenz besteht die Aufgabe der zukünftigen Delegierten darin, sich detailliert in die Politik und Geschichte „ihres“ Landes einzuarbeiten, um möglichst wirklichkeitsgetreu während der Konferenz auftreten zu können. Darüber hinaus ist die intensive Erarbeitung der „eigenen“ Position zu den in den *Committees* jeweils behandelten Themen notwendig. Hilfreich erweist sich diesbezüglich der von dem NMUN-Staff organisierte Besuch bei der Ständigen Vertretung (*Permanent Missi-*

*on to the United Nations*) des vertretenen Staates, der den Studenten Gelegenheit gibt, weitere Hintergrundinformationen von oftmals ranghohen Diplomaten zu erhalten.

Während der sechstägigen NMUN-Konferenz wird dann in den einzelnen *Committees* um die Ausarbeitung von Resolutionen und Berichten gerungen. Hierbei wird deutlich, daß die Vorbereitung sich nicht nur auf das eigene vertretene Land beziehen darf, sondern es müssen auch Informationen über „Freunde und Feinde“ zusammengetragen werden, um bei den Verhandlungen die richtigen Partner für Gespräche gewinnen zu können. Die Delegierten werden als aktive Diplomaten gefordert, die ihre Position darstellen und durchzusetzen versuchen oder, wenn nötig, auch Kompromissen zugänglich sein müssen, stets unter Wahrung der besonderen Interessen des vertretenen Staates. Nicht zuletzt wird hier der größte Reiz der NMUN-Konferenz deutlich: der einzelne Delegierte muß sich und die Interessen „seines“ Landes in die Debatte einbringen und erfährt durch die Reaktion der anderen Delegierten sofort das Resultat seiner Bemühungen. Die zuvor erarbeiteten Kenntnisse werden umgesetzt und der Lerneffekt sichtbar gemacht. Den Abschluß der Konferenz bilden die Abstimmungen der Generalversammlung bzw. des Wirtschafts- und Sozialrates über ausgewählte Resolutionen, die im Gebäude der Vereinten Nationen stattfinden. Die angenommenen Resolutionen werden anschließend dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Boutros Boutros-Ghali, als Ergebnis der *National Model United Nations Conference* überreicht.

Peggy Wittke

### 3. Die UN-Study Tour, 28.-29. März 1996

Durch enge Zusammenarbeit mit der *World Federation of United Nations Associations* (WFUNA) - der Weltverband der UN-Gesellschaften - konnte erstmalig den Berlinern Teilnehmern im Vorfeld der *National Model United Nations Conference* ein UN-Study Tour Programm angeboten werden. Abgestimmt auf die einzelnen *Committees*, in denen die Studenten als Delegierte der Syrischen Arabischen Republik vertreten waren, fanden an zwei aufeinanderfolgenden Tagen *Briefings* im Hauptquartier der Vereinten Nationen statt. Hochrangige UN-Diplomaten berichteten über ihre Arbeit und stellten sich geduldig den Fragen der Studenten. Weitere Informationsmöglichkeiten für die Teilnehmer bezüglich der Themen auf der bevorstehenden NMUN-Konferenz anzubieten, war dabei nicht das einzige Ziel. Vielmehr sollte den Studenten ein Besuch „hinter den Kulissen“ der Vereinten Nationen ermöglicht werden, ergänzt durch persönliche Gespräche mit UN-Diplomaten. Die interessanten und engagierten Vorträge der Diplomaten und die sich anschließenden lebhaften Diskussionen beleuchteten auf eindrucksvolle Weise die unterschiedlichen Arbeitsgebiete bei den Vereinten Nationen. Nicht zuletzt war der *Lunch* in der *Delegates Cafeteria* inmitten der UN-Delegierten für alle Teilnehmer ein weiteres besonderes Erlebnis.

#### UN-Study Tour Programm

Donnerstag, 28. März 1996

10.15 - 11.00 Uhr	Secretariat Briefing on UNCTAD <b>Mr. Georg Kell</b> , Economics Affairs Officer UN Conference on Trade and Development
11.15 - 12.00 Uhr	Secretariat Briefing on Human Rights <b>Dr. Purificacion Valera Quisumbing</b> , Chief UN Centre for Human Rights, New York
13.15 - 14.00 Uhr	Secretariat Briefing on HABITAT <b>Mrs. Aliye Celik</b> , Officer-in-Charge UN Centre for Human Settlements, New York

Freitag, 29. März 1996

10.00 - 10.45 Uhr	Secretariat Briefing on Agenda for Peace <b>Dr. Jürgen Dedring</b> , Senior Humanitarian Affairs Officer UN Department of Humanitarian Affairs, New York
11.00 - 11.45 Uhr	Secretariat Briefing on UNIFEM <b>Ms. Sarah Burd-Sharps</b> , Programme Officer, Africa Section UN Development Fund for Women, New York
13.00 - 13.45 Uhr	Secretariat Briefing on Sustainable Development <b>Mr. Andrey Vasilyev</b> , First Officer Division for Sustainable Development, DPCSD, New York

### 3.1 Secretariat Briefing on UNCTAD

Dieser Besuch war der Auftakt zu der zweitägigen *Study Tour* bei insgesamt sechs UNO-Organisationen, welche von der WFUNA arrangiert wurde. Die FU-Delegation wurde von **Herrn Georg Kell** empfangen, seines Zeichens *Economic Affairs Officer* der *United Nations Conference on Trade and Development* (UNCTAD).

#### *IX. UNCTAD-Konferenz*

Das einleitende Kurzreferat wie auch die anschließende Diskussion stand im Zeichen der im Mai 1996 in Südafrika tagenden IX. UNCTAD-Konferenz, die sich der "Globalisierung und Liberalisierung" widmen wird. Herr Kell erläuterte die aktuellen Probleme der UNCTAD, die seit dem Ende des Kalten Krieges, vor allem aber seit dem Abschluß der letzten GATT/Uruguay-Runde und der Gründung der *World Trade Organization* (WTO) vorrangig an einem Problem leidet: Die meisten Industrieländer betrachten die UNCTAD heute als hinfällig. Vor diesem Hintergrund fällt es immer schwerer, die ökonomischen Belange der Entwicklungsländer mittels kritischer Analysen und dem Aufzeigen von Alternativen gegenüber den Interessen der Industrienationen zu behaupten. Die 1964 auf Drängen der Entwicklungsländer gegründete und heute 188 Mitgliedsstaaten umfassende Konferenz war entgegen deren Intention nie eine eigenständige Welthandelsgesellschaft, sondern immer nur ein ständiges Spezialorgan der UN-

Vollversammlung. In den 70er Jahren, ausgehend von UNCTAD IV (Nairobi 1976), beherrschte die UNCTAD die Debatte über Handel und Entwicklung mit ihrem Konzept der "Neuen Weltwirtschaftsordnung". Der politische und ökonomische Widerstand der Industriestaaten gegen dieses Projekt, als auch der Paradigmawechsel in Richtung einer Liberalisierung des Welthandels, ließen den (entwicklungs-) politischen Einfluß der UNCTAD aber stetig sinken.

#### *Globalisierung und Liberalisierung des Weltmarktes*

Bei UNCTAD IX wird es nun nicht mehr um die Modifikation der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen gehen, sondern darum, wie die Globalisierung und Liberalisierung des Weltmarktes den 48 am wenigsten entwickelten Ländern nutzbar gemacht werden kann. Konkret will die UNCTAD diesen Ländern bei der Umsetzung des aktuellen GATT-Abkommens, sowie beim Anwerben ausländischer Investoren unterstützen. Schwerpunkt der Hilfe liegt bei der Umgestaltung der Rechtsprechung und der Steuer-gesetze.

Die (entwicklungs-)politische Existenzsicherung der UNCTAD sieht deren Generalsekretär Rubens Ripero, laut Herrn Kell, nicht nur in einer Verschlankung der bislang neun auf vier UNCTAD-Abteilungen, sondern vor allem in der Aufgabenteilung mit der WTO. Die UNCTAD soll künftig jene Aufgaben übernehmen, für die die WTO nicht gerüstet ist: als Diskussionsforum, in dem auch NGOs laufende Entwicklungen beeinflussen können.

Frank Wernecke und Holger Wettingfeld

### **3.2 Secretariat Briefing on Human Rights**

Bei diesem Briefing stand für uns weniger die Vorstellung des *UN Centre for Human Rights* im Vordergrund, als vielmehr die Person, die wir dadurch kennenlernten. Durch ihre Begeisterungsfähigkeit und Verve hob sich **Frau Dr. Purificacion Valera Quisumbing** von den uns oft resigniert erscheinenden Mitarbeitern der Vereinten Nationen ab. Die Leiterin des *Centre for Human Rights* in New York und Vertreterin des *High Commissioners for Human Rights* überraschte uns zunächst mit der Höhe des Betrages, der für die UN-Menschenrechtsarbeit zur Verfügung steht: nur 0,1 % des Gesamtbudgets! Trotz des geringen finanziellen Verfügungsrahmens schätzte sie die Entwicklung

dennoch positiv ein und betonte hierbei die Bedeutung der Thematisierung von Menschenrechten generell. Die erhöhte Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit als Folge der *Wiener Menschenrechtskonferenz* von 1993, auf der die Einsetzung eines *Hohen Kommissars für Menschenrechte* beschlossen wurde, wertete sie als besonderen Erfolg.

#### *Rechte der Kinder*

Schwerpunkt ihrer Arbeit ist momentan die Entwicklung der Rechte der Kinder. Eine große Herausforderung bildet hierbei die Implementierung der *Konvention für die Rechte des Kindes* von 1989, die inzwischen mit Ausnahme von sechs Ländern weltweit ratifiziert wurde. Weitere Themen des Briefings waren die Arbeit der Menschenrechtskommission, das Internationale Kriegsverbrechertribunal, die Zusammenarbeit mit Nicht-Regierungsorganisationen und das Recht auf Entwicklung. In diesem Zusammenhang steht die aktuelle Frage, ob letzteres als individuelles Recht oder als Gruppenrecht verstanden werden muß.

Auf dem Gebiet der Menschenrechte stellen sich also noch viele Herausforderungen. Ein Grund für Dr. Quisumbing, mit der Mahnung "for every right there is a corresponding responsibility" an uns zu appellieren, sich mit Menschenrechten zu befassen und für diese einzutreten - sei es beispielsweise durch die Mitarbeit bei Organisationen wie *amnesty international* oder gar durch ein Praktikum beim *UN Centre for Human Rights* in New York.

Anita Kreutz und Beate Klemm

### **3.3 Secretariat Briefing on HABITAT**

Das *Zentrum der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen* (UNCHS - HABITAT) wurde als ständiges Spezialorgan des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen im Jahre 1978 gegründet, zwei Jahre nach der *Ersten Weltkonferenz über menschliche Siedlungen* (in Kanada). Der Schwerpunkt seiner Tätigkeitsbereiche liegt in der Formulierung und Durchführung der Programme der Vereinten Nationen über menschliche Siedlungen. Mittels eigener Forschungen und technischer Analysen unterstützt HABITAT als Sachverständigenstab die nationalen Regierungen bei der Verbesserung der Entwicklung und Verwaltung menschlicher Siedlungen. Die HABITAT-Aktivitäten umfassen technische Beratung, angewandte Forschung, Ausbildung und Information.

**Mrs. Aliye Celik**, *Officer-in-Charge* im Zentrum der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen (New York) richtete ihren Vortrag auf die Vorbereitungsarbeit des *Zentrums für die Zweite Weltkonferenz über menschliche Siedlungen (HABITAT II)* aus, die im Juni 1996 in Istanbul stattfinden wird. Die Hauptthemen der Konferenz sind angemessene menschliche Siedlungen in einer urbanisierten Welt und adäquate Behausung für alle. Die Konferenz will die Aufmerksamkeit auf die mit der globalen Verstädterung einhergehenden ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme lenken, zugleich aber auch auf die "positive Rolle" hinweisen, die Städte bei der menschlichen Entwicklung spielen können. Wie Mrs. Aliye Celik betonte, sind diese Probleme in allen Ländern der Welt zu finden. Daher kann die Konferenz als das beste Forum gesehen werden, auf dem Meinungen und Erfahrungen über erfolgreiche Methoden bei der Reduzierung der Armut, Versorgung mit Land und Wasser, Bewältigung der städtischen Umweltverschmutzung usw. ausgetauscht werden können.

#### *Der Globale Aktionsplan*

Die von der Konferenz anzunehmende HABITAT Agenda wird eine Erklärung von Prinzipien und Verpflichtungen sowie einen Globalen Aktionsplan beinhalten. Dieses Dokument wird alle wichtigen Herausforderungen ansprechen, mit deren Bewältigung die Städte in den nächsten zwei Jahrzehnten konfrontiert sind. Mrs. Celik wies auf die Schwierigkeit hin, das Recht auf angemessenen Wohnraum als Menschenrecht in der HABITAT Agenda zu proklamieren. Dies hängt mit der Frage zusammen, ob die Schaffung adäquater Unterkünfte für alle ein realisierbares Entwicklungsziel ist. Sie äußerte die Vermutung, daß als Prinzip in der Agenda aufgenommen wird: der angemessene Wohnraum an sich ist ein menschliches Recht, aber das Recht auf angemessenen Wohnraum ist ein menschliches Bedürfnis.

Sachka Stefanova

### **3.4 Secretariat Briefing on Agenda for Peace**

Auf dem historisch bedeutsamen, ersten Gipfeltreffen der Mitglieder des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen Anfang 1992 war die sicherheitspolitische Situation das Hauptthema. Wie ein weißes, noch auszufüllendes Blatt Papier lag die künftige Sicherheitsarchitektur vor den beratenden Staatspräsidenten. Bei dieser Gelegenheit wurde der Gene-

ralsekretär der Vereinten Nationen Boutros Boutros-Ghali beauftragt, die wichtigsten sicherheitspolitischen Themen in einem Dokument konzeptionell zusammenzufassen. Noch im selben Jahr legte Boutros-Ghali dieses Dokument mit dem Titel „*Agenda für den Frieden*“ vor.

Der *Senior Humanitarian Officer* **Herr Dr. Jürgen Dedring**, der im Sekretariat der Vereinten Nationen in New York tätig ist, faßte in seinem Vortrag die wichtigsten Elemente der Agenda für den Frieden zusammen und erläuterte uns die maßgeblichen Probleme bei der praktischen Umsetzung des Konzepts.

#### *Vorbeugende Diplomatie*

Ausgehend von den möglichen Interventionsphasen in Konflikten, wird in der *Agenda für den Frieden* zwischen vier verschiedenen Ebenen unterschieden: vorbeugende Diplomatie, Friedensschaffung, Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung. Aufgrund der von unserer Gruppe gestellten Fragen konzentrierte sich Herr Dr. Dedring auf das Gebiet der vorbeugenden Diplomatie. Er hob hervor, daß er persönlich sich insbesondere in diesem Bereich die Integration weitreichenderer Maßnahmen gewünscht hätte.

Nachdem Herr Dr. Dedring einige der aktuellen Konfliktsituationen erläutert hatte, lenkte er unsere Aufmerksamkeit auf die Situation in Ruanda und Burundi. Bezugnehmend auf einen erst kürzlich veröffentlichten Bericht, legte er dar, daß der 1994 in Ruanda verübte Völkermord aufgrund der zu diesem Zeitpunkt vorhandenen Informationen hätte verhindert werden können. Die derzeitige Initiative Boutros-Ghalis in Burundi zeige, daß das Konzept vorbeugender Diplomatie durchaus Möglichkeiten bietet, um ruanda-ähnliche Zustände zu verhindern. Herr Dr. Dedring kritisierte dennoch, daß die zum Teil unverzichtbaren vorbeugenden Einsätze in Boutros-Ghalis Konzept von der Zustimmung der Konfliktparteien abhängen. Wie das Beispiel Mazedoniens gezeigt habe, sei insbesondere dieses Element vorbeugender Diplomatie erfolgversprechend.

#### *UN-Friedenstruppen*

Herr Dr. Dedring verwies darauf, daß Boutros-Ghalis Vorschlag der auf Abruf bereitgestellten UN-Friedenstruppen immer noch Thema der Diskussion der UN-Mitgliedstaaten sei, daß diese aber in der Mehrzahl die Idee gekennzeichnete Kontingente innerhalb der nationalen Streitkräfte favorisieren. Über die *Agenda für den Frieden* hinausgehend, berichtete Herr Dr. Dedring über den Inhalt der im Januar 1995 von Boutros-Ghali veröffentlichten Ergänzung zur Agenda für den Frieden. Zusätzlich zu einer Beurteilung der praktischen Umsetzung der *Agenda für den Frieden* behandelt Boutros-Ghali in diesem Dokument das Thema der humanitären Auswirkungen von

nichtmilitärischen UN-Sanktionen, das insbesondere in den vergangenen Jahren dramatische Gestalt angenommen hat. Boutros-Ghali macht verschiedene Vorschläge, wie die Anwendung und Kontrolle der Auswirkungen von Sanktionen verbessert werden kann.

Franziska Rahner und Tanja Baur

### 3.5 Secretariat Briefing on UNIFEM

Einer der interessantesten Vorträge, die wir im Rahmen unseres "Study Tour" Programms in der UNO gehört haben, wurde über das Spezialorgan UNIFEM (*Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau*) der Vereinten Nationen gehalten. **Ms. Sarah Burd-Sharps**, *Program Officer* in der Abteilung für Afrika in UNIFEM, ging auf die Rolle und Arbeit dieser Organisation ein, die immerhin die Interessen der Hälfte der Welt repräsentiert.

Der *Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau* verdankt seine Entstehung der *Ersten Weltfrauenkonferenz*, die 1975 in Mexiko City stattgefunden hat. Im Jahre 1976 wurde der Entwicklungsfonds zuerst als ein freiwilliger Fonds für das Jahrzehnt der Frauen gegründet (1976 - 1985). Die Aufgaben dieser den Frauen gewidmeten Institution zielten darauf ab, den Problemen der Frauen größere Aufmerksamkeit im Rahmen der Gesamtarbeit der Vereinten Nationen zu verschaffen und sie in die Entwicklungsagenda einzubeziehen. 1985 wurde an der *Dritten Weltfrauenkonferenz* Nairobi die Institution in UNIFEM umbenannt und nahm den Status einer autonomen Sonderorganisation der Vereinten Nationen an.

#### *Ziele von UNIFEM*

Die große Rolle der Frauen bei der gesellschaftlichen Entwicklung anerkennend, setzt sich UNIFEM folgende Ziele: die politische und ökonomische Förderung von Frauen insbesondere in den Entwicklungsländern und die Sicherstellung der Beteiligung der Frauen auf allen Ebenen der Entwicklungsplanung und -praxis. UNIFEM wird oft als Katalysator für die Bemühungen angesehen, die Bedürfnisse und Probleme der Frauen mit den kritischen Fragen der nationalen, regionalen und globalen Agenda zu verbinden.

Weiterhin verwies Ms. Sarah Burd-Sharps auf einige Fakten, die die Situation der Frauen aus globaler Sicht charakterisieren: Der Frauenanteil bezüglich der Gesamtzahl

(1.3 Milliarden) der absolut Armen in der Welt liegt bei 70 %; Frauen arbeiten zwei Drittel der gesamten Arbeitsstunden in der Welt, verdienen aber nur ein Zehntel des gesamten Welteinkommens und verfügen über weniger als ein Zehntel des gesamten Weltvermögens. Diese Tatsachen sprechen deutlich für eine, besonders in den letzten Jahren angestiegene, Feminisierung der Armut.

Bei der Erreichung ihrer Ziele - die Verbesserung der Situation der Frauen, Förderung der Kapazität der Frauen und Frauenorganisationen, um mehr Einfluß auf die Richtung der sozialen Entwicklung zu nehmen, sowie die Unterstützung der Frauenbeteiligung an den politischen und ökonomischen Entscheidungsprozessen auf der nationalen, regionalen und globalen Ebene - konzentriert sich UNIFEM auf folgende Aktivitäten: Projekte, Seminare und Arbeitsgruppen, die in der ganzen Welt organisiert werden (insbesondere in Afrika, Asien, Südamerika und den Inselstaaten im Pazifik und der Karibik).

#### *Die Weltfrauenkonferenzen*

Zusätzlich zu diesen Aktivitäten spielt UNIFEM eine wichtige Rolle bei der Vorbereitung der Weltfrauenkonferenzen, die als politisches Instrument genutzt werden, bestimmte Problembereiche besonders öffentlichkeitswirksam herauszustellen. Aus der Sicht von Ms. Burd-Sharps waren die Vorbereitungsarbeiten für die *Vierte Weltfrauenkonferenz* in Peking (Sept. 95) viel bedeutsamer als die Konferenz selbst, da die nationalen Regierungen Berichte und aktuelle Informationen bezüglich der Problembereiche der Konferenzen vorlegen sollten. Dadurch wurden die Probleme und Bedürfnisse der Frauen von den Regierungen und Nicht-Regierungsorganisationen in Erwägung gezogen.

Nicht zuletzt betonte Ms. Burd-Sharps, daß die UNIFEM eine "winzig" kleine Organisation ist, die jedoch die Interessen der Hälfte der Welt vertritt und Lösungen für ihre Probleme zu finden versucht. Dieser Tatsache wird nicht genügend Rechnung getragen, was an dem niedrigen Budget der Organisation leicht zu erkennen ist. Das jährliche Budget beträgt 40.000 \$ - eine Summe, die nicht einmal für die Ernährung der Flüchtlinge aus Ruanda eine Woche lang ausreichen würde.

Sachka Stefanova

### **3.6 Secretariat Briefing on Sustainable Development**

Die Kommission für nachhaltige Entwicklung (*Commission on Sustainable Development* - CSD) wurde 1993 als Ergebnis der *Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung* (UNCED) ins Leben gerufen. Die Kommission besteht aus 53 Mitgliedern, die nach einem Regionalschlüssel gewählt werden.

**Mr. Andrey Vasilyev**, *First Officer of the Division for Sustainable Development*, wies in seinem Vortrag darauf hin, daß die Hauptaufgabe der Kommission vorwiegend in der Überwachung und Förderung des Umsetzungsprozesses der „*Agenda 21*“ besteht. Die „*Agenda 21*“ war 1992 zusammen mit der Klimarahmenkonvention, der Artenvielfaltkonvention und der Walderklärung in Rio de Janeiro verabschiedet worden. Ziel ist die Realisierung einer weltweiten, die ökologischen Anforderungen beachtende, nachhaltigen Entwicklung. Die jährlichen Tagungen der Kommission werden im UN-Hauptquartier veranstaltet, die Vierte Tagung seit ihrer Gründung fand vom 18. April - 3. Mai 1996 in New York statt. Die auf den Konferenzen jeweils zu behandelnden Themen sind von der CSD auf ihrer ersten Tagung 1993 in einem mehrjährigen Arbeitsprogramm festgehalten worden. Dabei werden sektorübergreifende Themen, die jährlich zu behandeln sind, und sektorale Themen, die bis 1997 nur einmal verhandelt werden, unterschieden. Zu den sektorübergreifenden Themen gehören: Handel und Umwelt, Konsum und Produktionsmuster, Finanzierungsfragen und Technologietransfer. Für 1996 standen die sektoralen Themen Weltmeere und Atmosphäre auf der Tagesordnung der CSD. In den Vorjahren waren bereits Themen wie Gesundheit, Siedlungswesen, Wasser und gefährliche Abfälle behandelt worden.

#### *Beteiligung von NGOs*

Der CSD kommt speziell bei der Koordinierung der internationalen Zusammenarbeit, wie zum Beispiel bei der Einbeziehung der Nicht-Regierungsorganisationen (*Nongovernmental-Organizations* - NGOs), besondere Bedeutung zu. Weit über 100 NGOs aus dem Umwelt- und Energiebereich nehmen an den Konferenzen der CSD teil, seit 1994 besitzen sie auch in den offiziellen Verhandlungsrunden das Rederecht. Mr. Andrey Vasilyev betonte, daß die Arbeit in der CSD im wesentlichen auf einer partnerschaftlichen Kooperation beruht, mit dem Ziel, die unterschiedlichen nationalen Strategien zur Lösung der Umweltprobleme zu vereinen. Die CSD fungiere deshalb in erster Linie als „*think tank*“, eine Art Ideenbörse oder Forum für den internationalen Meinungsaustausch. Damit aber besitzt nach Mr. Vasilyev die CSD eine herausragende Stellung im UN-System hinsichtlich der Zusammenführung von Regierungsinteressen und den berechtigten Anliegen der *Nongovernmental-Organizations*.

Peggy Wittke

#### **4. Der Besuch bei der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen**

Der Besuch bei der *German Mission to the United Nations* vervollständigte den Eindruck von der Arbeit in den Vereinten Nationen. **Herr Botschaftsrat Dr. Dr. Rolf Krause**, Pressereferent der Ständigen Vertretung, vermittelte uns ein eindrucksvolles Bild von der Tätigkeit der rund 90 Mitarbeiter der Vertretung. Dabei gab er zunächst eine kurze Einführung in die Geschichte der Vereinten Nationen unter besonderer Berücksichtigung der Situation des geteilten Deutschlands, um dann den Bogen zu den heute unumstritten notwendigen Reformen der Vereinten Nationen zu gelangen.

##### *Die Feindstaatenklauseln*

So sei die Abschaffung der sogenannten „Feindstaatenklauseln“ der Artikel 53 und 107 der UN-Charta ein wesentliches Anliegen der deutschen Diplomatie. Gemäß Artikel 53 Absatz 2 UN-Charta gehört auch Deutschland als Feind der Signatarstaaten der UN-Charta im Zweiten Weltkrieg noch immer zu den „Feindstaaten“. Mit der Aufnahme der „Feindstaatenklauseln“ stellten die Siegermächte sicher, daß sie durch die neu gegründete Organisation und den in ihrer Charta niedergelegten Zielen und Grundsätzen nicht in ihrer Handlungsfreiheit gegenüber den besiegten Staaten des Zweiten Weltkrieges behindert sein würden. So erlaubt Artikel 53 Absatz 1 der UN-Charta die Durchführung von Zwangsmaßnahmen gegen die Wiederaufnahme der Angriffspolitik eines Feindstaates ohne Ermächtigung durch den Sicherheitsrat. Artikel 107 der UN-Charta sieht bei Maßnahmen der Siegermächte gegen einen Feindstaat das Recht vor, sich nicht an die Charta - insbesondere an die Artikel 1 und 2 - halten zu müssen. Mit der Aufnahme der Feindstaaten in die Vereinten Nationen, welches gemäß Artikel 4 UN-Charta voraussetzt, daß der Staat „friedliebend“ ist, sind aber heute diese Klauseln obsolet geworden. Eine Änderung der Charta ist allerdings nach Artikel 108 nur mit Zustimmung von 2/3 der Mitgliedstaaten (= 122 Staaten) einschließlich der fünf Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates möglich.

##### *Reform des Sicherheitsrates*

Ein weiteres Beschäftigungsfeld für die *German Mission* ist die vieldiskutierte Reform des Sicherheitsrates. Herr Dr. Krause wies darauf hin, daß zumindest inzwischen soweit

ein Konsens zwischen den Staaten besteht, als daß der Sicherheitsrat um ständige wie auch nichtständige Mitglieder vergrößert werden soll. Durch ihr besonderes weltpolitisches Gewicht stehen dabei Japan und Deutschland weit vorne auf der Bewerberliste, wobei es aber Bestrebungen - wie beispielsweise von der italienischen Seite - gibt, eine Ständige Mitgliedschaft Deutschlands zu verhindern. Ungeklärt sind nach wie vor die Möglichkeiten einer Wiederwahl von Mitgliedstaaten in den Sicherheitsrat sowie das Vetorecht der Ständigen Mitglieder. Angesichts der Vielzahl der ungeklärten Fragen hielt Dr. Krause die Durchführung einer substantiellen Reform des Sicherheitsrates noch in diesem Jahrzehnt für unwahrscheinlich.

#### *Arbeitstechniken in den Vereinten Nationen*

Für die zukünftigen NMUN-Delegierten waren auch die Ausführungen über die Arbeitstechniken in den Vereinten Nationen von besonderem Interesse. Eine besondere Vorgehensweise erfordert nach Herrn Dr. Krause die Veröffentlichung von neuen Ideen und Vorschlägen: zunächst sei es ratsam, die Interessenlage in den einzelnen tangierten Gremien sowie der beteiligten Staaten selbst zu eruieren, und erst nach Auswertung der Ergebnisse die Ideen der Öffentlichkeit zu präsentieren. Bestehende Kontroversen zwischen Partnern seien unbedingt zurückzuhalten oder zumindest nicht öffentlich auszutragen.

Darüber hinaus überraschte Herr Dr. Krause die Studenten mit seinen umfangreichen Kenntnissen über die Syrische Arabische Republik, welches natürlich zu intensiven Fragen der Studenten einlud, denen er sich auch bereitwillig stellte. Dergestalt bestens mit Informationen vielfältiger Art versorgt, bleibt abschließend festzustellen, daß unser Besuch äußerst interessant und lehrreich war und damit auch sicherlich nicht unser letzter Besuch bei der *German Mission to the United Nations*.

Darüber hinaus überraschte Herr Dr. Krause die Studenten mit seinen umfangreichen Kenntnissen über die Syrische Arabische Republik, welches natürlich zu intensiven Fragen der Studenten einlud, denen er sich auch bereitwillig stellte.

Dergestalt bestens mit Informationen vielfältiger Art versorgt, bleibt abschließend festzustellen, daß unser Besuch äußerst interessant und lehrreich war und damit auch sicherlich nicht unser letzter Besuch bei der *German Mission to the United Nations*.

Peggy Wittke

## 5. Die Syrische Arabische Republik: Ein Überblick

### Allgemeine Daten

<b>Staatsname:</b> al-Jumhuriya al-Arabiya al-Suriya / Syrische Arabische Republik	<b>Hauptstadt:</b> Damaskus mit 4.500.000 Einwohnern (1992), weitere große Städte sind: Aleppo (1.200.000), Homs (469.000), Hasakeh (700.000) und Latakia (247.000)
<b>Unabhängigkeit:</b> 17. April 1946	<b>Staats- und Regierungsform:</b> Republik
<b>Staatspräsident:</b> Hafez al-Assad (seit 2. März 1971)	<b>Staatssprache:</b> Arabisch
<b>Grenzen:</b> Im Norden mit der Türkei, im Osten mit dem Irak, im Süden mit Jordanien und Israel, im Westen mit dem Libanon, Zugang zum Mittelmeer.	<b>Währung:</b> Syrisches Pfund (Syr£) = 100 Piaster, Ende 1994 1,00 DM=7,0045 syr£ (Ankauf) bzw. 7,0360 (Verkauf)
<b>Fläche:</b> 185.180 km <sup>2</sup>	<b>Bruttoinlandsprodukt</b> 1992: 371 Mrd. syr£
<b>Bevölkerung:</b> 12.960.000 Einwohner (1992), davon u.a. 88% Araber, 6% Kurden, sowie Armenier, Turkmenen, Tscherkessen	<b>Außenverschuldung</b> 16,05 Mrd. US\$ (Stand Ende 1990)
<b>Religion:</b> 75% sunnitische Muslime, 12% Alawiten, 12% Christen unterschiedlicher Konfessionen	<b>Mitgliedschaft in Internationalen Organisationen:</b> UNO mit UN-Sonderorganisationen (außer GATT), Arabische Liga, OAPEC, Gem. Arabischer Markt, Kooperationsabkommen mit der EU

*Quelle: Munzinger Archiv/IH.Länder aktuell (Stand: 36/95)*



## **6. Der Besuch bei der Syrischen Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen**

Die Delegation der Freien Universität Berlin hatte Gelegenheit, am Dienstag, den 2. April 1996, ihre Positionen für das bevorstehende Modell mit **Herrn Botschafter Khalil Abou-Hadid**, *Minister Counsellor* der UN Mission der Syrischen Arabischen Republik, zu besprechen. Das Treffen in der Mission fand in angenehmer Atmosphäre statt, es wurde Kaffee und Tee gereicht.

Insgesamt gesehen war das Briefing sehr interessant, vor allem wenn es um prozedurale Fragen ging, während die Informationen naturgemäß nicht über die offiziellen syrischen Stellungnahmen hinausgingen. Die relativ engen Sicherheitsvorkehrungen durften nicht verwundern und entsprachen durchaus dem Standard. Herr Botschafter Abou-Hadid beantwortete geduldig zahlreiche Fragen, behielt jedoch auch bei hartnäckigen und direkten Eingaben die diplomatische Contenance und Distanz aufrecht. Er bestätigte auf Nachfrage der WHO-Vertreter aus unserem Kreis, daß Syrien nur eine geringe Anzahl von Aids-Kranken habe - die Zahl beliefe sich aber nicht mehr auf vier, sondern inzwischen auf über 250 - bei denen es sich allerdings um Einwanderer oder Ausländer handeln würde, die mit Abschiebung zu rechnen hätten. In Bezug auf die syrische Position in der Frage der nuklearen Nichtverbreitung verwies er auf die syrische Unterstützung für den Vertrag über Nukleare Nichtverbreitung. Interessant waren seine Richtlinien für den Umgang mit der israelischen Delegation. Hatten wir - nach einem vorangegangenen Briefing zweier Teilnehmer in der Mission - noch damit gerechnet, auf dem Parkett kein Wort mit ihnen wechseln zu dürfen, so räumte Herr Botschafter Abou-Hadid ein, ein alltäglicher, wenn auch nicht freundschaftlicher Umgang sei durchaus normal. Unser Besuch war so eine wichtige Vorbereitung für die realistische Darstellung syrischer Diplomatie auf dem internationalen Parkett.

Henning Riecke

## **7. Die Arbeit der Syrischen Delegation auf der National Model United Nations Conference 1996**

### **7.1 Die Syrische Arabische Republik in der Generalversammlung vertreten von Franziska Rahner und Tanja Baur**

#### *Die Generalversammlung der Vereinten Nationen*

Die Generalversammlung ist das zentrale Beratungsorgan der Vereinten Nationen, in dem alle Mitgliedstaaten gleichberechtigt vertreten sind. Thematisch ist die Generalversammlung zuständig für alle Fragen und Themen, die gemäß der Charta in den Aufgabenbereich der Ver-

einten Nationen fallen, soweit sie nicht die ausschließliche Zuständigkeit des Sicherheitsrates betreffen.

Die Tagesordnung der Generalversammlung (GV) der NMUN-Konferenz 1996 umfaßte drei Themen:

1. Überprüfung der Internationalen Menschenrechtspakte und -konventionen
2. Implementierung des Entwurfs der Agenda für Entwicklung
3. Förderung der Vorbeugenden Diplomatie im Rahmen der Agenda für den Frieden

Die Syrische Delegation hatte bereits zu Beginn der Verhandlung im Kontext der Festlegung der Tagesordnung ein klares Ziel vor Augen. An erster Stelle sollte konsequenter Weise die *Agenda für Entwicklung* stehen. Um überhaupt über den Tagesordnungspunkt *Vorbeugende Diplomatie* verhandeln zu können, hielt die Syrische Delegation eine Einigung über die in der *Agenda für Entwicklung* enthaltenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen für unerlässlich. Da die Syrische Delegation gemeinsam mit fast allen Entwicklungsländern dafür votierte, daß eine Überprüfung der Internationalen Menschenrechtspakte und -konventionen nur auf der Basis einer adäquaten wirtschaftlichen Entwicklung aller Staaten sinnvoll erscheinen kann, wurde dieser Punkt an die letzte Stelle der Tagesordnung gesetzt. Aus zeitlichen Gründen kam der Tagesordnungspunkt dann nicht mehr zu Verhandlung.

#### *Agenda für Entwicklung*

Syrien betrachtet die wirtschaftliche Entwicklung aller Staaten als ein essentielle Voraussetzung für Frieden und Stabilität in der Welt. In diesem Zusammenhang legte Syrien in seinen Stellungnahmen zur *Agenda für Entwicklung* insbesondere Gewicht auf den von Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali in der *Agenda für Entwicklung* thematisierten Technologietransfer. Ebenso hielt die Syrische Delegation die Idee der „*Friedensdividende*“ für einen sehr vielversprechenden Ansatz, wobei deren Umsetzung nicht zu einem Eingriff in die Souveränität eines jeden Mitgliedstaates der Vereinten Nationen führen darf.

Da eine ausreichende Wasserversorgung international als eine unabdingbare Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung aller Länder anerkannt ist, entwarf die Syrische Delegation gemeinsam mit einigen anderen arabischen Delegationen eine Resolution, welche die Wasserversorgung für alle Staaten der Region zum Inhalt hatte. Für die Syrische Delegation war dabei insbesondere die Verantwortung der internationalen Staatengemeinschaft für die Implementierung der völkerrechtlichen Regelungen von Belang, da alle Staaten, auch die Türkei, verpflichtet sind, sich an bestehendes Völkerrecht zu halten. Aufgrund einer unglücklichen (und sehr unrealistischen) Interessenkonstellation innerhalb der arabischen Delegationen

wurde der Entwurf der Resolution leider stark verwässert, woraufhin er zwar mit fast 90 % der Stimmen verabschiedet wurde, aber seinen eigentlichen Sinn fast verloren hatte.

### *Vorbeugende Diplomatie*

Unter dem Tagesordnungspunkt Vorbeugende Diplomatie wurden 15 (eher belanglose) Resolutionen von der Generalversammlung verabschiedet. Aus für die Syrische Delegation nicht nachvollziehbaren Gründen wurde jedoch in keiner Resolution auf zentrale Punkte des Konzeptes eingegangen, wie z. B. auf vertrauensbildende Maßnahmen. Vielmehr wurden neue Sonderorganisationen und Abteilungen innerhalb der Vereinten Nationen entwickelt. Nach Ansicht der Syrischen Delegation sind diese weder im Sinne des Instrumentariums der Vorbeugenden Diplomatie noch der Effizienzsteigerung der bereits vorhandenen Kapazitäten der Vereinten Nationen zuträglich.

Insgesamt bedauerte die Syrische Delegation, daß die Generalversammlung vor allem im Bereich der *Vorbeugenden Diplomatie*, aufgrund mangelhaft vorbereiteter Delegierter, um Jahre zurückgeworfen wurde.

## **7.2 Die Syrische Arabische Republik im Zweiten Ausschuß der Generalversammlung**

**vertreten von Kai Baldow, Peter Girke, Rolandas Kazlauskas**

### *Der Zweite Ausschuß der Generalversammlung*

Der Zweite Ausschuß beschäftigt sich hauptsächlich mit Themen aus den Bereichen Wirtschaft und Finanzen. Die wirtschaftliche Stärke eines Landes ist einer der Hauptfaktoren, um die Machtstellung in der Weltgemeinschaft zu bestimmen. Ein brisantes Thema also für jede einzelne Nation, wobei in diesem Jahr der Konflikt zwischen den geldgebenden Industrieländern und den empfangenden Entwicklungsländern bestand. Wie könnten effektive Kompromisse aussehen, um Änderungen in den globalen Handelsbeziehungen und -mechanismen vorzunehmen?

Die Delegierten sollten sich dabei an drei „topics“ orientieren:

1. Neubewertung der Systeme des Welthandels
2. Neubewertung der Bretton-Woods-Institutionen als Entwicklungsmechanismus
3. Die Beziehung zwischen Wirtschafts- und Menschenrechten

Nach Absprache mit anderen arabischen Staaten stimmte die Syrische Arabische Republik für die Reihenfolge 2/1/3, die dann auch mit großer Mehrheit festgelegt wurde. Das Thema der

Menschenrechte sollte nach Möglichkeit vermieden werden, und bei den beiden anderen Themen konnte Syrien darauf hoffen, daß für die Entwicklungsländer wenigstens teilweise positive Resolutionen verabschiedet werden würden.

#### *Die Bretton-Woods-Institutionen*

Aus der 1944 abgehaltenen *Bretton-Woods-Konferenz* entwickelten sich die heutigen drei Säulen der Welthandelspolitik: der *Internationale Währungsfond* (IWF), die *Weltbank* (WB) und das *GATT* (seit 1995: *WTO*). Von besonderem Interesse war dabei auf der *NMUN-Konferenz* 1996 eine mögliche Reform des IWF sowie der *Weltbank*.

Der IWF soll in erster Linie der Förderung des Welthandels auf der Basis stabiler Währungsbeziehungen und der kurzfristigen Kreditgewährung bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten dienen. Aufgabe der Weltbank ist die Unterstützung der Entwicklungsländer durch die Bereitstellung technischer und wirtschaftlicher Beratung sowie mittels Vergabe von langfristigen Darlehen.

Diesen Institutionen kommt eine umstrittenen Rolle als „Krisenmanager“ in den Nord-Süd-Beziehungen zu. Syrien kritisiert gemeinsam mit einem Großteil der arabischen Staaten sowie der Entwicklungsländer, daß sich dieses „Krisenmanagement“ zu stark an Theorie und Praxis der Marktwirtschaft der reichen Industrieländer ausrichtet und die Bedingungen von wirtschaftlich schwächeren Staaten nicht angemessen berücksichtigt. Syrien tritt dafür ein, den Dritte-Welt-Staaten mehr Einfluß auf die politischen Entscheidungsprozesse innerhalb des IWF und der *Weltbank* zu gewähren.

In Zusammenarbeit vor allem mit arabischen Staaten, immer aber auch in Kontakt mit den Entwicklungsländern, kristallisierten sich für Syrien in den ersten eineinhalb Konferenztagen verschiedene Ansatzpunkte heraus, die es in Resolutionen umzusetzen galt.

Das waren in erster Linie das Ziel einer verstärkten regionalen Zusammenarbeit ohne jegliche Aufgabe staatlicher Souveränität; der Vorschlag, den Schuldnerländern längere Rückzahlungsfristen zu gewähren; weiterhin die Möglichkeit, Schulden künftig auch in landeseigener Währung zurückzahlen zu können; schließlich der Aufruf zu einer Reform des Stimmrechts innerhalb des IWF, der bis heute praktisch alle Macht den großen Industriestaaten gibt und den Entwicklungsländern kaum Einflußmöglichkeiten einräumt.

Dabei mußte sehr behutsam vorgegangen werden, da schon innerhalb der Entwicklungsländer Differenzen bestanden. Und es war auch klar, daß Rücksicht auf die reichen Geberländer genommen werden sollte, um überhaupt ansatzweise effektive Ergebnisse zu erreichen. Bei den Verhandlungen zeigten sich die nordeuropäischen Länder durchaus kooperativ, weniger jedoch die Delegationen der USA, Japans und Deutschlands.

Letztendlich entstanden leider nur weich formulierte Empfehlungen und Versicherungen des „guten Willens“, jedoch keine grundlegenden Entscheidungen für wichtige und dringend benötigte Reformen des IWF und der *Weltbank*. Immerhin wurde ein von Syrien „gesponsort“ Resolutionsvorschlag angenommen, ein anderer (es ging darin vor allem um die Änderung des Stimmrechts) wurde abgelehnt (zur Annahme fehlte bei 97 abgegebenen Stimmen nur eine (!) Stimme).

Der Erfolg der Konferenz des 2. Komitees zum Thema IWF und *Weltbank* lag für Syrien sicherlich darin, daß den westlichen Geberländern die Bedürfnisse und Vorbehalte der Entwicklungsländer vor Augen geführt wurden und es deutlich wurde, daß Reformen nur für und mit den Entwicklungsländern möglich sind, nicht aber gegen sie.

#### *Neubewertung und Liberalisierung des Welthandels*

Die Behandlung dieses Themas kam an zweiter Stelle in der Agenda. Zur Diskussion stand die *World Trade Organization* und ihre wichtigen Mechanismen hinsichtlich der Entwicklungsländer: *Status of Most Favored Nation* und *Generalized System of Preferences*. Weiter wurde über regionale Handelsorganisationen und ihren Einfluß auf die internationale Handelsbeziehungen debattiert. Die Syrische Arabische Republik hatte in diesen Fragen eine passive Position, da sie freiwillig kein Mitglied des GATT bzw. WTO ist. Das wichtigste für Syrien war, seine zentrale Rolle in Nahen Osten zu festigen und seine Souveränität auch in Handelsfragen zu bewahren. Als richtige Alternative für „unaufhaltsame“ Globalisierung war die regionale Kooperation zu festigen. Zu diesem Zweck arbeitete Syrien mit anderen arabischen Staaten eng zusammen und entwickelte wichtige Vorschläge.

Bezüglich der Handelsfragen und Reformansätze kooperierte Syrien auch mit Entwicklungsländern (G 77). So unterstützte Syrien in ihren Resolutionen die Kritik über die Dominanz der Industrieländer in den internationalen Wirtschaftsorganisationen und setzte sich für verstärkte Berücksichtigung der Entwicklungsfragen ein.

### **7.3 Die Syrische Arabische Republik im Dritten Ausschuß der Generalversammlung**

**vertreten von Anita Kreutz und Ferdinand Martens**

#### *Der Dritte Ausschuß der Generalversammlung*

„Please come to order delegates!“ ruft uns unser Chairman Ben zu, denn in unserem Komitee ist nach einem „Caucus“ wieder einmal keine Ordnung herzustellen. Also schiebt er nach einer Weile ein energisches „Now!“ nach, dann wird es endlich still.

Leicht hatte unser Vorsitzender es nicht gerade, die zweihundert engagiert diskutierenden Delegierten zu bändigen. Da war zunächst die Frage, in welcher Reihenfolge die Agenda zu behandeln sei. Der Dritte Ausschuß ist zuständig für soziale, humanitäre und kulturelle Fragen. Auf der diesjährigen Konferenz lauteten die drei Themen:

1. Kinderarbeit oder Kinderausbeutung
2. Gewalt gegen Frauen
3. Rassendiskriminierung

Es galt nun, diese Themen in eine von uns gewünschte Reihenfolge zu bringen. Dr. Fayssal, erster Sekretär der Ständigen Syrischen Mission bei den Vereinten Nationen, den wir vor der Konferenz über Syriens Verhalten bei diesen Themen konsultierten, empfahl uns „*Rassendiskriminierung*“ ans Ende der Agenda zu setzen. Seine diplomatische Begründung: Syrien erachtet das Thema zwar für wichtig, hat aber selbst diesbezüglich keine Probleme. Daher sollten die beiden anderen Themen bei der Abstimmung über das Sitzungsprogramm vorgezogen werden. Die Durchsetzung dieses Zieles war leichter als zunächst erwartet. Zu unserer Überraschung stellten wir fest, daß fast alle anderen Länder mit uns einer Meinung waren. Anscheinend hatte es hier eine spontane Änderung in der Außenpolitik dieser Staaten gegeben; ein Phänomen, dem wir noch häufiger auf der Konferenz begegneten. Jedenfalls wurde man sich schnell einig, zuerst „*Kinderarbeit*“ und „*Gewalt gegen Frauen*“ zu diskutieren, was auch an der Kürze der Redezeit gelegen haben mag (30 Sekunden!), die es nur Schnellrednern gestattete, einen aussagefähigen Gedanken zu formulieren.

„Motion to open the speaker's list“, meldet sich die Delegierte aus Uganda, und prompt folgt der Chairman diesem Antrag. Sogleich entstand ein ganzer Wald von erhobenen „Placards“ (Schilder mit den entsprechenden Ländernamen) im Saal. Alle wollten sofort auf die Rednerliste. Motto: „Reden oder untergehen!“. Wir hatten Glück und waren an siebenter Stelle vorgesehen. Losgehen sollte es aber noch lange nicht, denn nun mußte erst die Redezeit festgelegt werden. Ein langwieriger und wenig effektiver Prozeß, der eine Lieblingsbeschäftigung der Delegierten zu sein schien. Wir feilschten also den Rest des Abends um halbe Minuten, so daß erst am nächsten Morgen mit dem neuen Thema begonnen werden konnte.

#### *Kinderarbeit*

Gleich am nächsten Tag hatten wir dann die Chance, dem Komitee unsere Standpunkte zu präsentieren. Das Kernstück unserer Rede war die dramatische Situation der Kinder im durch Israel besetzten syrischen arabischen Golan („Golanhöhen“ als israelisch-militärische Vokabel hört man als Syrer gar nicht gerne) und die barbarischen Methoden der Besatzer (siehe Reden im Third Committee). Unsere Äußerungen stießen innerhalb des arabischen Blocks auf

große Zustimmung, wobei sich die meisten der „Bruderländer“ im weiteren Verlauf der Diskussion wegen des Friedensprozesses im Nahen Osten offiziell zurückhielten. Die Folge war, daß wir diese Vorschläge alleine durchsetzen mußten, ohne dabei auf Unterstützung anderer zählen zu können.

Bald darauf begannen die Delegierten damit, die Vorschläge der Redner und die kursierenden „non-papers“ in konkrete Resolutionsvorschläge umzusetzen. Wir konzentrierten uns darauf in der Gruppe in der die meisten arabischen Länder vertreten waren, an einem Entwurf mitzuarbeiten. Unser Beitrag war es, auf den Zusammenhang zwischen der Besetzung von Gebieten (überall in der Welt!) mit der verheerenden Auswirkung auf die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen und die damit verbundene verstärkte Ausbeutung der Kinder hinzuweisen. Dieser Satz (während der Diskussion auch besser als „*The Occupation Clause*“ bekannt) stieß, wie erwartet, auf heftigsten Widerstand der Israelische Delegation.

### ***Rede vor dem Dritten Ausschuß***

#### ***Honorable Chair, Distinguished Delegates,***

Children are a priority in the National Policy of Syria because they are our future. The Syrian Arab Republic believes that the Convention on the Rights of the Child that we ratified on the 13th of June 1993 was a good first step for a world wide child protection.

However, we are alarmed at the reports of the wide scale increase of the sale of children, child prostitution and child pornography in many countries. The Syrian Arab Republic strongly condemns these crimes. Fortunately they are not to be found in our country. Syria spares no effort to protect children from all forms of exploitation.

Yet, Syria is not able to protect all Syrian children from exploitation , since the children living under the yoke of Israeli occupation in the Syrian Arab Golan are suffering the most abhorrent kinds of exploitation and violence.

Israel is violating fundamental Human Rights, as well as the International Conventions that regulate and safeguard the right of civilians under occupation.

#### **Mr. Chairman, Delegates!**

Let me finish my speech with the words of His Excellency President Hafez al-Assad: „We want our children to enjoy a happy childhood, to lead a healthy life where they can reap the fruits of knowledge and learning.“

In this sense we hope to work together in good cooperation.

*I Thank you.*

Für uns begann eine Art diplomatische Wettlauf, in dem es darum ging, die Länder, welche noch nicht von unserer Formulierung überzeugt waren, zu einer Zustimmung zu bringen, oder jene, die bereits von Israel zur Gegenseite herüber gezogen worden waren, wieder für Syriens Ansinnen zu gewinnen. Am Ende sah es so aus, als hätten wir es geschafft. Die Resolution

ging mit der „*Occupation Clause*“ in die Abstimmung. Dann versuchte Israel, zunächst den Teil über die Besetzung von Gebieten aus dem operativen Teil und aus der Präambel herauszutrennen. Dies mißlang. Für uns schien der Erfolg nahe. Daraufhin stellte ein Kenner der „*Rules of Procedure*“ den Antrag, nur den operativen Teil unseres Vorschlages herauszutrennen. Dieser Antrag fand, nach einigen feurigen Reden, die nötige Mehrheit. Von unserem Engagement blieb lediglich der Rest des Vorschlages in der Präambel. Jedoch wurde auch dieser später nicht von der Generalversammlung verabschiedet, weil unsere Direktoren die gesamte Resolution zusammen mit einigen anderen im Vorfeld bereits aussortierten.

#### *Gewalt gegen Frauen*

Die Behandlung des ersten Themas hatte so viel Zeit in Anspruch genommen, daß erst gegen Mittag des letzten Tages mit der Debatte über das zweite Thema begonnen wurde. Auch hier konzentrierten wir uns wieder auf die Verletzung der Menschenrechte in den besetzten Gebieten, die Frauen in besonderem Maße zu Opfern von Gewalt und Unterdrückung machen. Diesmal gab es allerdings Schwierigkeiten bei der Integration dieser Problematik in einen der Resolutionsentwürfe, da wir mit dem gleichen Vorschlag schon bei der Diskussion des ersten Themas auf Widerstand gestoßen waren. Die Opposition Israels und die daraus resultierenden Hindernisse waren hinlänglich bekannt, so daß man ein Scheitern der gesamten Resolution befürchtete. Daher gelang es uns auch bei diesem Thema nicht, unsere Vorschläge durchzusetzen.

Ein Erfolg war die Konferenz trotzdem, finden wir, denn es war uns möglich, unser während der Vorbereitungen gesammeltes Wissen praktisch anwenden. Und Spaß hat es auch gemacht, mal drei Tage lang Diplomat zu sein. Ein richtiges „Lernerlebnis“ ist die Konferenz für uns gewesen. Das gilt ebenso für die Erfahrungen, die wir mit Delegierten machten, die etwas „out of character“ waren, denn wer hätte sonst gewußt, daß Eritrea gleich hinter den USA (oder noch davor!?) kommt, wenn es um Engagement in der Weltpolitik geht. In diesem Sinne: „Motion to close the debate, Mr. Chairman.“, aber nur bis zum nächsten Jahr!

***Rede vor dem Dritten Ausschuß,  
gehalten von Ferdinand Martens (Redezeit 1.5 Minuten)***

**Herr Vorsitzender, verehrte Delegierte,**

Seit Jahrhunderten haben arabische Frauen eine besondere Rolle in der Gesellschaft. Ihre Anliegen sind ein zentrales Thema, das die syrische arabische Republik an die Spitze ihrer Prioritäten gestellt hat, damit Frauen und Männer die Basis für jedes nationale Handeln bilden können.

Unser heutiges Thema, Gewalt gegen Frauen, fand bereits besondere Beachtung in den Diskussionen dieses Komitees und während der Beijing Konferenz. In meinem Land ist das Problem der Gewalt gegen Frauen allerdings ein sehr begrenztes Phänomen, da die Werte unserer Gesellschaft, unsere Bräuche und unsere Traditionen eine Kontrolle über diese Aspekte des Zusammenlebens gewährleisten.

Trotzdem müssen die Frauen im besetzten Golan, im Süden Libanons und anderen besetzten arabischen Gebieten unter der furchtbarsten Form von Gewalt leiden: AUSLÄNDISCHE BESETZUNG!

Während der Beijing Konferenz, vielen anderen UN Konferenzen und in der Abschlusserklärung zum 50ten Geburtstag der UN wurde die Besetzung fremder Gebiete als ein grundlegendes Hindernisse für die Rechte der Frauen anerkannt.

Syrien braucht Ihre Unterstützung und Ihre Solidarität für die arabischen Frauen, die unter der israelischen Besetzung leiden!

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich meine Rede mit den Worten seiner Exzellenz Präsident Hafez al-Assad schließen, der sagte: „Die Rechte der Frauen sind ein internationales Thema, das die größte Aufmerksamkeit verdient. Für das Wohl aller Menschen in der Welt.“

*Vielen Dank!*

## **7.4 Die Syrische Arabische Republik im Vierten Ausschuß der Generalversammlung**

**vertreten von Ulrich Keunecke und Henning Riecke**

*Der Vierte Ausschuß der Generalversammlung*

1993 beschloß die Generalversammlung mit der Resolution 47/233 den Vierten Ausschuß, der sich bisher mit Problemen des Treuhandsystems beschäftigte, mit dem Politischen Sonderausschuß zu verbinden und so ein neues Aufgabengebiet zu erschließen. Der Politische Sonderausschuß war 1965 geschaffen worden und beschäftigte sich vornehmlich mit Problematiken der Friedensmissionen und Flüchtlingsströme, aber auch mit Konflikten wie Südafrika und Palästina. Mit der Zusammenlegung erhielt der Vierte Ausschuß einen neuen Namen: Vierter Ausschuß für Besondere Politische Angelegenheiten und Dekolonisation (*General Assembly Fourth Committee on Special Political and Decolonization Matters*).

In der Eröffnungssitzung wurde zunächst über die Tagesordnung diskutiert. Die Punkte, die der Director Shawn Olds im *Background Guide* zu einer vorläufigen Agenda zusammengestellt hatte, waren

1. Das Verhältnis der Vereinten Nationen zu Regionalorganisationen,
2. Die Lage in Bosnien-Herzegowina
3. Die Situation in Nordkorea mit Bezug auf das vermutete Kernwaffenprogramm.

Die Position der Syrischen Delegation im Hinblick auf die Reihenfolge war schnell ausgemacht. Keiner der Punkte berührte vitale Sicherheitsinteressen des Landes, nur bei einer Diskussion über die nordkoreanische Verteidigungspolitik hätte Syrien als wichtiger Handelspartner und nukleares Schwellenland in die Isolation geraten können. Insofern lag es in unse-

rem Interesse, den Tagesordnungspunkt Nordkorea an seinem Platz zu belassen, in der Hoffnung, daß er unbehandelt vertagt werden würde, und mit dem zeitaufwendigen konzeptionellen Thema der Regionalorganisationen zu beginnen, die Tagesordnung in ihrer vorliegenden Form anzunehmen. Die Stimmen, die sich für eine Veränderung der vorgeschlagenen Reihenfolge einsetzten, konnten eine erforderliche 2/3-Mehrheit dafür nicht verhindern.

#### *UN und Regionalorganisationen*

Tagesordnungspunkt 1, „*UN und Regionalorganisationen*“, bot der Syrischen Arabischen Republik Gelegenheit, mit einer eigenen Resolution aufs Parkett zu treten. Die Resolution war zum einen auf der Grundlage der syrischen Position entstanden, die übergeordnete Kompetenz der UNO für den Fall unangetastet zu lassen, falls eine Regionalorganisation ihr die operationalen Aufgaben des *Peacekeeping* abnimmt, zum anderen in Erinnerung an die Abstimmungsprobleme zwischen UN und NATO im Falle Bosniens. Sie enthielt daher die klare Aussagen darüber, wie der UN-Sicherheitsrat ein Mandat für eine Mission auszustellen habe, deren operationale Kontrolle aber in den Händen der Regionalorganisation liegen müsse. Andere Delegationen, die aktiv an einer eigenen Resolution arbeiteten, waren u. a. die USA zusammen mit den meisten westlichen Ländern, Jemen mit dem einem Teil der arabischen Liga und Algerien.

Vor allem die amerikanischen Studenten standen unter erheblichem Druck, aktiv Resolutionsentwürfe voranzutreiben, weil die Dozenten und Faculty Advisors, die ihr Verhandlungsgeschick benoten würden, oft im Saal als stille Beobachter anwesend waren. Dies führte zu elf Resolutionen, die nicht weit voneinander entfernt lagen. Das Unternehmen, eine Resolution durch das Komitee zu bringen, erwies sich als sehr aufreibend. Es mußte formuliert und reformuliert, Anregungen integriert und die notwendigen 25 Unterschriften gesammelt werden. Die syrische Resolution wurde zuletzt leider vom Komitee abgelehnt, aus drei Gründen. Erstens lag die Resolution, aufgrund eines Fehlers des Exekutivsekretariats, erst 14 Stunden, nachdem sie eingereicht worden war, den Delegierten vor. Dies nahm der Syrischen Delegation die Gelegenheit, die Resolution den einzelnen Diplomaten vorzustellen und durch Lobby-Arbeit eine Mehrheit zu gewinnen. Dies zumal, zweitens, die eindeutige Aussagen zugunsten einer UN-Kompetenz auf starke Widersprüche trafen. Der operationale Pragmatismus wurde zwar gelobt, doch war es schwer, diese Ressentiments zu überwinden. Ein wichtiger Punkt war, daß viele Delegationen, etwa die USA, sich weigerten, eine Resolution Syriens zu unterstützen. Die internationale Isolation war das größte Handicap für unsere Delegation. Enervierend war gegen Ende, bei der Abstimmung, im übrigen die Taktik der Äthiopischen Delegation, die Annahme der elf Dokumente durch namentliche Abstimmung zu verzögern.

*Bosnien-Herzegowina*

Bei der Verhandlung des Tagesordnungspunktes „*Bosnien-Herzegowina*“ hielt sich die Syrische Delegation zurück und wandte eine andere Strategie an: Statt selbst als Autor einer Resolution aufzutreten, bemühten wir uns, eigene Vorstellungen in einem anderen Entwurf unterzubringen. Nicht nur, daß ein erneutes Scheitern eines von uns vorgelegten Resolutionsentwurfes durch die diplomatische Isolation vermieden werden sollte, auch bestand bei einer allzu energischen Diskussionsführung die Gefahr, zu personellen oder finanziellen Kontributionen herangezogen zu werden - eine Situation, die Syrien zu vermeiden hatte. Anders als beim ersten Tagesordnungspunkt - und sicher aufgrund der dort gemachten Erfahrung - deckten die vorgelegten Resolutionsentwürfe ein weiteres Themenspektrum ab, über sicherheitspolitische zu humanitären Aspekten bis zum Wiederaufbau.

Das letztere Feld bildete den Schwerpunkt eines Resolutionsentwurfes des Sudan. Syrien konnte hier einige wichtige Anregungen einbringen, unter anderem einen Dank an diejenigen Nationen, die für die IFOR-Truppen in Bosnien Kontingente bereitgestellt hatten, um die Resolution für diese Länder akzeptabler zu machen. Die Resolution wurde, wie die meisten anderen, diesmal angenommen. Da die Räumlichkeiten für eine Veranstaltung ab 18.00 Uhr bereitgehalten werden mußten, stand die Abstimmung unter erheblichem Zeitdruck. Mehrere der Resolutionsentwürfe kamen erst sehr spät auf den Verhandlungstisch und konnten daher von der Syrischen Delegation, wie von den meisten anderen, nur oberflächlich gelesen werden.

Der Vorsitz des GA 4, gehalten von Assistant Director Richard Engel, zeichnete sich durch umgängliches Verhalten, eine straffe Leitung der Verhandlung und eiserne Einhaltung der *Rules of Procedure* aus. Dennoch verhinderte die Inaktivität des Vorsitzenden, ähnlich lautende Resolutionen zusammenzufügen, substantielle Ergebnisse. In der Ankündigung wurden die Resolutionsentwürfe durch den Vorsitzenden mit Nummern, nicht aber mit den wichtigen Autoren gekennzeichnet (untere deren Namen sie auf dem Parkett diskutiert wurden). Dies machte es schwer zu wissen, für wen man gerade stimmte. Seine Unterdrückung der syrischen Resolution zu TOP 1 bleibt natürlich unverzeihlich.

Die wichtigste Erfahrung war, daß für einen Staat in der Isolation ein starkes Verhandlungsprofil eher kontraproduktiv sein kann. Die leise Verhandlungsarbeit auf den Korridoren dagegen bietet sich zur Durchsetzung der eigenen Positionen an.

## **7.5 Die Syrische Arabische Republik auf der „Conference on Human Settlement“ (Habitat II)**

**vertreten von Sachka Stefanova und Clemens Schöll**

### *Habitat II*

Die Gründung des Zentrums der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen (*United Nations Centre for Human Settlements* - UNCHS oder HABITAT) 1978 durch die Generalversammlung geht zurück auf eine Empfehlung der ersten HABITAT-Konferenz, die 1976 in Vancouver stattfand. Primäre Aufgabe von HABITAT ist die Förderung von Projekten und technischer Zusammenarbeit in den Bereichen Städtebau, Bau- und Wohnungswesen in den Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas.

Die Habitat II-Konferenz war vom 3. bis 14. Juni 1996 in Istanbul geplant, zum Zeitpunkt der Niederlegung dieses Berichts sind ihre Ergebnisse noch nicht bekannt. Da unsere Simulation mehr als zwei Monate früher stattfand, war es in einigen Bereichen nicht ganz einfach, die Positionen der beteiligten Staaten zu bekommen. Nicht übermäßig hilfreich wäre der Bezug zu Habitat I gewesen, da diese erste Konferenz bereits 1976 in Vancouver abgehalten wurde. Soweit erkennbar, schien die syrische Position allerdings eine recht bequeme zu werden: Syrien hatte sowohl Wohnungsbauprogramme wie regionale Entwicklungszonen zur Vermeidung von Stadtflucht geschaffen, kostenloser Schulunterricht und Krankenversorgung waren - zumindest offiziell - auch auf dem Land gewährleistet, Daten wie Kindersterblichkeit oder Alphabetisierung konnten sich sehen lassen, auch die Privatisierung war behutsam aber stetig vorangetrieben worden.

Die nicht überall und vor allem in Zukunft immer kritischere Wasserversorgung bot einen guten Ansatzpunkt, sowohl den Rückzug Israels aus den wasserreichen Golan-Höhen zu fordern, als auch die Türkei zu Verhandlung über eine gerechte Aufteilung der Wasserressourcen aufzufordern.

Die Audienz bei dem syrischen Botschafter Khalil Abou-Hadid ergab einen weiteren entscheidenden Punkt: Syrien beobachte mit Sorge, daß es im Vorfeld der Konferenz Überlegungen gebe, Flüchtlingen als Einwohner des Aufnahmelandes zu betrachten und sie zu integrieren. Wichtig sei aber, darauf zu drängen, ihnen die - freiwillige - Rückkehr in die Heimat zu ermöglichen. Klar wurde aber auch, daß Syrien unter keinen Umständen gegen den Abschlußbericht stimmen würde: „Wir können mit dem Ergebnis der Konferenz leben“, so Abou-Hadid.

„*Global Plan of Action*“

Die eigentliche Konferenz begann mit einer Überraschung: Ingrid Busson, Direktorin von Habitat II, verkündete, es sei zwar grundsätzlich möglich, das zu erstellende Abschlußdokument mit einer Zweidrittel-Mehrheit zu verabschieden, es solle aber alles daran gesetzt werden, daß dies im Konsens geschehe. Ergo sei geplant, möglichst bald Arbeitsgruppen zu bilden, die sich mit den einzelnen Punkten "*Shelter Provision and Affordable Housing*", „*Creating Sustainable Human Settlements*" und "*Poverty Reduction*" befaßten. Für uns bedeutete dies, die Delegation aufzuteilen, um unsere zwei Hauptziele zu erreichen, und im weiteren in enger Abstimmung mit den Staaten der arabischen Liga (nicht ganz einfach, weil sich beispielsweise Ägypten seiner Führungsrolle keinesfalls bewußt zu sein schien und etwaigen Initiativen eher indifferent gegenüberstand) zu versuchen, den Geist wie Inhalt des Schlußdokumentes in etwa unseren Interessen entsprechend zu halten. Im großen und ganzen scheint dies gelungen: Die im 32seitigen Schlußdokument „*Global Plan of Action*“ gewählten Formulierungen zu Flüchtlingen entsprechen exakt den syrischen Vorstellungen: So heißt es etwa "*In the case of migration, the world community should be called upon to acknowledge externally displaced people or refugees. It is strongly suggested that the countries of origin of displaced people accept those individuals back into the community.*" Schwer gerungen wurde auch um eine Änderung eines der letzten Punkte, wo nunmehr statt der Integration der Flüchtlinge ihre Repatriierung und Reintegration verlangt wird und selbst in Fällen, wo dies nicht möglich ist, keinesfalls der Integration das Wort geredet, sondern lediglich die Bereitstellung von Unterkünften garantiert wird.

*Sustainable Human Settlements*

Unter dem zweiten großen Topic "*Sustainable Human Settlements*" gelang es, den Punkt „*Water resource management*“ direkt hinter der Einleitung zu plazieren und das Recht auf ungehinderten Zugang zu Wasser festzuschreiben. Unter einem neu eingeführten Punkt „*Preservation of Cultural Heritage*“ gelang es, Versuche westlicher Beeinflussung oder Dominanz umfassend einzuschränken.

Insgesamt läßt sich sagen, daß Syrien im Rahmen seiner Möglichkeiten zufrieden mit den Ergebnissen der Konferenz sein kann. Für uns als Delegierte bedeutete die Arbeit in einem Konsens-Komitee aber auch, sich immer wieder selbst zu motivieren zu müssen, da die Mehrzahl der Ergebnisse von eher marginaler Bedeutung für Syrien waren und die Plazierung der richtigen Worte an der richtigen Stelle in der Regel mehr eine Frage von Geduld und Beharrlichkeit denn von politischem Durchsetzungsvermögen bedeuteten, da beispielsweise weder

Israel noch die Türkei oder die USA in einem Maße gegen syrische Positionen oder den Staat selbst agierten, wie es in der Realität zu erwarten gewesen wäre.

## **7.6 Die Syrische Arabische Republik im Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP)**

**vertreten von Sabine Kittel und Beate Klemm**

### *Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen*

Die Schaffung dieses Spezialorgans der UN mit Sitz in Nairobi geht auf einen Beschluß der *Konferenz der Vereinten Nationen über die Menschliche Umwelt* in Stockholm von 1972 zurück. Dieses Expertengremium ist dem ECOSOC untergeordnet und dient der Förderung internationaler umweltpolitischer Zusammenarbeit und Abstimmung. Ihm kommt dabei die Rolle eines Koordinators der Umweltmaßnahmen der UN-Einrichtungen und der Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen und der eines Katalysators - quasi als Initiator und Wissensbörse - zu. Die Aufgaben des UNEP reichen von der Bestandsaufnahme von Umweltproblemen bis zu praktischen Umweltmaßnahmen und deren Finanzierung durch den Umweltfonds mittels der *Globalen Umweltfazilität* (GEF).

### *Klimaänderung: Perspektiven gegen die Erderwärmung*

Die uneingeschränkte globale Erwärmung läßt schwerwiegende Auswirkungen wie das Schmelzen des Eises von Gletschern und von Polarkappen und die thermische Ausdehnung des Ozeanwassers erwarten und würde ebenso schon bestehende, regional gravierende Probleme wie Trockenheit, Desertifikation oder Bodenerosion verschärfen. Eine nachhaltige ökonomische Entwicklung in vielen Ländern könnte dadurch vereitelt werden. Das Thema sollte auf der Konferenz vor allem unter der Berücksichtigung von drei sozialen und politischen Effekten behandelt werden: 1. der Problematik von Umweltflüchtlingen, 2. der Bedrohung kleiner Inseln im Zusammenhang mit dem Anstieg des Meeresspiegels und 3. dem Potential für die zunehmende Ausbreitung von Krankheiten.

Die Thematik wurde von den Delegierten jedoch in ihrer gesamten Komplexität begriffen und resultierte in fünf Resolutionen, die vor allem bestehende Abkommen reflektierten. Bestehen über die Ursachen der künstlichen Erwärmung der Atmosphäre weitreichende Erkenntnisse, so sind die Auswirkungen dieser noch relativ unbekannt. Es wurde daher von den Delegierten die verstärkte Forschung nach multilateralen Lösungskonzepten zur Bremsung des Erwärmungsprozesses gefordert. Eine weitere Forderung zielte auf die Bildung eines Ständigen

Komitees zu Handel und Umwelt durch die Welthandelsorganisation. Eine Benennung von Zielen oder praktischen Umsetzungsmöglichkeiten der Klimakonvention von Rio konnte auf der Konferenz nicht erzielt werden. Die westlichen Industrienationen, allen voran die USA, setzten einen besonderen Schwerpunkt auf Bildungsprogramme zur Aufklärung über die Nutzung erneuerbarer Energien und suchten damit der Thematisierung ihrer Verantwortlichkeiten an der Klimaänderung aus dem Weg zu gehen.

#### *Zur Sicherung der Globalen Wasservorräte*

Dieses Thema muß unter verschiedenen Fragestellungen berücksichtigt werden - zum einen unter dem Aspekt der Bodengradation, aber auch des Angebots an Wasser, des Wassermanagements und der Qualität von Oberflächengewässern und Grundwasser. Die Wasserfrage betrifft Syrien außerordentlich und war daher für unsere Delegation von besonderer Bedeutung. Die Durchsetzung unserer Interessen gestaltete sich aber schwierig, was vor allem darin begründet sein mag, daß wir mit Syrien das einzige Land aus dem Nahen Osten vertraten und die besondere friedensbedrohende Problematik der Wasserfrage von den anderen Teilnehmern nicht im vollen Ausmaß wahrgenommen wurde. Wir scheiterten mit unserem Ziel, eine internationale Konferenz einzuberufen, auf der eine "Wasser-Konvention" angeregt werden sollte. Die Gefahr von zukünftigen gewaltsamen Auseinandersetzungen um Wasser und Wassermonopole und die Möglichkeiten, die präventive Diplomatie in diesem Zusammenhang leisten könnte, wurden verkannt. Immerhin wurden aber regionale Abkommen angeregt, mit denen Wasser- und Landnutzungsrechte geregelt werden.

#### *Einschätzung der Ergebnisse*

Aus zeitlichen Gründen konnte über den letzten Verhandlungspunkt - *Bevölkerung und Umwelt: The Carrying Capacity of the Earth* - nicht mehr debattiert werden. Mit den ersten beiden Punkten wurden aber die für Syrien wichtigen Verhandlungsthemen behandelt. Letztendlich waren wir enttäuscht über die enorme Fülle der Resolutionen, die sich vielfach doppelten. Eine Komprimierung der Beschlüsse, mehr spezifizierte Entscheidungen und eine detailliertere Betrachtung der Themen wären wünschenswert gewesen. Bemerkenswert war schließlich, daß ausgerechnet die US-amerikanische Delegation eine Vielzahl der Resolutionen einbrachte, die auch während der Konferenz wiederholt die Effizienz des UN-Systems angemahnt hatte. Im Strudel der Begeisterung oder auch unter dem Druck, eigene Papiere einbringen zu müssen, hatten viele Delegierte wohl vollkommen die bürokratischen und finanziellen Konsequenzen ihrer Arbeit - wäre es denn nicht nur ein Spiel gewesen - vergessen.

## **7.7 Die Syrische Arabische Republik in der Organisation der Islamischen Konferenz (OIK)**

**vertreten von Michael Borg und Grit Schmalisch**

### *Die Organisation der Islamischen Konferenz*

Die März 1970 gegründete *Organisation der Islamischen Konferenz* (OIK) ist eine bedeutende Gruppierung von etwa 50 Staaten (von diesen haben einige Beobachterstatus wie die PLO und Bosnien-Herzegowina, andere haben ihre Mitgliedschaft einseitig gekündigt; an der simulierten Sitzung nahmen insgesamt 43 Staaten teil). Das höchste Organ ist die alle drei Jahre stattfindende Gipfelkonferenz der Staatsschefs, daneben gibt es u.a. die jährlich stattfindende Konferenz der Außenminister.

Zu den Zielen der OIK zählen u.a. Verbesserung der Solidarität unter islamischen Staaten, Konsolidierung der ökonomischen, sozialen, kulturellen Zusammenarbeit, Unterstützung des palästinensischen Volkes im Kampf für Selbstbestimmung und Befreiung ihres Landes.

Das politische Engagement der OIK leidet stark unter den verschiedenen Interessen einzelner Staaten bzw. Staatengruppen. Das schlug sich auch während der im Rahmen des *National Model United Nations* stattfindenden Simulation einer OIK-Außenministertagung nieder. Drei Themen standen auf der Tagesordnung:

1. Die Palästina-Frage,
2. Die Situation in Bosnien-Herzegowina und
3. Die muslimische Zusammenarbeit zur ökonomischen Entwicklung.

Bei der Aussprache über die Reihenfolge der zu behandelnden Themen wurden erstmals Interessenkoalitionen zwischen den anwesenden Staaten sichtbar: Während auf der einen Seite eine Staatengruppe - angeführt von den afrikanischen Staaten - vor allem an einer Diskussion über weitergehende muslimische Kooperationen zugunsten einer weiteren wirtschaftlichen Entwicklung interessiert waren, stand ihnen eine- von arabischen Staaten dominierte - Gruppe gegenüber, die sich an erster Stelle der Palästina-Problematik zuwenden wollte. Nach langer Debatte sprach sich am Ende eine Mehrheit für die oben aufgeführte Tagesordnung aus. Im Abstimmungsverhalten der einzelnen Staaten spiegelte sich auf eindrucksvolle Weise die Realität wider: vor allem die potentiellen Geberländer waren an der Palästina-Frage interessiert, hingegen die Nehmerländer viel stärker, was zu erwarten gewesen war, an einer Konkretisierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Für Syrien war die Palästina-Frage selbstverständlich von elementarem Interesse, und so mußte - und konnte - die Syrische Delegation bereits vor der inhaltlichen Diskussion ihre di-

plomatischen Fähigkeiten beweisen, um einige zögernde Delegationen vor der Abstimmung von der außerordentlichen Bedeutung dieser Angelegenheit zu überzeugen.

#### *Die Palästina-Frage*

Hinter diesem doch recht vage formulierten Titel verbarg sich das Problem, welche Position die *Organisation der Islamischen Konferenz* zu dem sogenannten „Friedensprozeß“ und den damit offenen Fragen einnehmen sollte. Angesichts der "pro-israelischen" Stimmung bei einigen Mitgliedstaaten, kam es für Syrien darauf an, einen zu entgegenkommenden Ton in der Resolution zu verhindern und stattdessen zu versuchen, die völkerrechtswidrige Annexionen des Golans und Ostjerusalems, die fortdauernde Besetzung des Südlibanons und der sog. "autonomen Gebiete" deutlich herauszustellen und immer wieder die Rückgabe aller besetzten Gebiete zu fordern.

Nach langen Debatten und harten Verhandlungen, bei denen um Formulierungen und einzelne Worte intensiv gerungen wurde, und unzähligen informellen Beratungen, in denen Überzeugungsfähigkeit und diplomatisches Geschick unabdingbar waren, konnte ein langer Resolutionsentwurf mit überwältigender Mehrheit verabschiedet werden. Dieser ruft die islamischen Staaten zu koordinierten, umfassenden materiellen und finanziellen Hilfestellungen für die palästinensische Autonomiebehörde auf, kritisiert Israels Völkerrechtsverletzungen und völkerrechtswidrige Besetzungen und verlangt die Umsetzung der relevanten Sicherheitsratsresolutionen. Die Weltgemeinschaft wird aufgerufen, die Fortführung der Verhandlungen zu sichern und auf Einhaltung der bis dato unterschriebenen Abkommen zu achten.

Syriens Enthaltung bei der Resolutionsabstimmung sorgte für einige Verwirrung, doch angesichts der Knessetwahlen und den daraus resultierenden Komplikationen und Problemen für die Klärung der letzten strittigen Sachfragen waren die Vorbehalte gegen diese zu positiv und versöhnlich formulierte Resolution berechtigt.

#### *Die Situation in Bosnien-Herzegowina*

Der Krieg in Bosnien-Herzegowina ist für die islamische Welt - und damit auch für die OIK - von besonderer Bedeutung, da vor allem Muslime die Leidtragenden sind. Die Perzeption des "Krieges gegen den Islam in Europa" beherrscht das Meinungsbild, sogar der Vorwurf, "der Westen" wolle keinen islamischen Staat in Europa, ist erhoben worden. Die OIK bildete eine eigene "Bosnien-Kontaktgruppe", deren primäres Ziel es war, Lobbyarbeit beim Sicherheitsrat zu betreiben.

Mit dem *Abkommen von Dayton* ergab sich eine neue Situation, der die anwesenden "Außenminister" Rechnung trugen. Sie forderten die OIK-Mitglieder auf, die bosnische Regierung durch administrative, finanzielle und militärische Hilfestellungen beim Wiederaufbau zu un-

terstützen. Weiterhin wurde ausdrücklich die Einrichtung des *Internationalen Kriegsverbrechertribunals* in Den Haag gewürdigt und finanzielle Unterstützung für dessen Arbeit zugesagt. Auch die Rolle der NATO bei der Überwachung der Umsetzung des *Dayton-Abkommens* wurde mehrheitlich positiv aufgenommen. Das sprach zudem für eine Erwartungshaltung an das westliche Militärbündnis.

Für Syrien allerdings ist der Konflikt im ehemaligen Jugoslawien im allgemeinen und in Bosnien-Herzegowina im besonderen kein Krieg gegen den Islam. Es herrscht vielmehr die Überzeugung, daß es sich um einen Konflikt machtpolitischen Charakters handelt. Syrien vertrat eine ausgeglichene, vorsichtige Position und vermied einseitige Stellungnahmen. Anfragen bezüglich finanzieller oder sogar militärischer Hilfeleistungen, gleich in welcher Form, wurden abgelehnt.

Obwohl Solidarität unter den islamischen Staaten eines der obersten Ziele der OIK-Charta ist, stellt sie ein heißes Eisen dar, das den Interessen bestimmter Staaten, die als Geberländer hätten auftreten müssen, zuwiderlief. Ihnen kam dann der Mangel an Zeit entgegen, so daß eine lange Kontroverse ausblieb, und der vorgelegte Resolutionsentwurf wenig Substantielles, sprich zu umfangreichen Finanzierungen Verpflichtendes, enthielt.

## **7.8 Die Syrische Arabische Republik in der Weltgesundheitsorganisation (WHO)**

**vertreten von Frank Wernecke und Holger Wettingfeld**

### *Die Weltgesundheitsorganisation*

Die im Jahre 1948 gegründete *Weltgesundheitsorganisation* (World Health Organization) ist eine von 16 autonomen UN-Sonderorganisationen, die über den *Wirtschafts- und Sozialrat* (ECOSOC) mit der UNO in Verbindung stehen. Ziel der WHO ist es, allen Völkern zur „Erreichung eines möglichst guten Gesundheitszustands“ zu verhelfen, wobei Gesundheit definiert wird als ein „Zustand völligen körperlichen, seelischen und sozialen Wohlbefindens, und nicht nur das Freisein von Krankheit oder Gebrechen“ (Artikel 1 und Präambel der Satzung). Zur Finanzierung dieser Intentionen ist die WHO auf die gestaffelten Beiträge ihrer 177 Mitgliedsländer angewiesen. Wie auch die UNO, leidet die WHO zunehmend unter Finanzierungsengpässen, die auf den Zahlungsrückstand einiger Beitragszahler zurückzuführen sind.

Die WHO ist schwerpunktmäßig in drei Bereichen tätig:

- Aufrechterhaltung eines weltweiten Gesundheitswarndienstes, um das Auftreten von Epidemien kontrollieren und statistisch erfassen zu können.

- Konkrete Hilfsleistungen vor Ort, vorrangig in Ländern der “Dritten Welt“ beim Auf- und Ausbau leistungsfähiger Gesundheitsdienste, unter besonderer Beachtung der jeweiligen Verhältnisse.
- Förderung der weltweiten medizinischen Forschung.

Angesichts der globalen Aids-Problematik bezogen sich während des diesjährigen *National Model United Nations* alle drei Tagesordnungspunkte in der WHO auf diese Thematik:

1. Die Rolle des neugegründeten *Joint United Nations Programme on HIV/AIDS (UNAIDS)* und die Einbindung des bisherigen WHO Aids-Programms.
2. Der Stand der internationalen Forschung bei der Entwicklung von Aids-Bekämpfungsmaßnahmen: Prävention contra Behandlung
3. Soziale Folgen der Aids-Epidemie: Immigration und Frauen

Am ersten Verhandlungstag stand die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte zur Debatte. Entgegen der Position Syriens und einer Anzahl weiterer Staaten, die die vorgegebene Reihenfolge präferierten, wurde im Rahmen einer sachlich geführten Diskussion folgender Ablauf für die Verhandlungstage festgelegt: (1). UNAIDS, (2). Soziale Implikationen und abschließend (3). der Stand der Forschung.

Die Verhandlungsstrategie der Syrischen Delegierten beruhte auf der besonderen nationalen Situation in diesem Kontext. Die weltweite Aids-Epidemie wird aufgrund ihrer rasanten Entwicklung als erhebliche Gefahr für die Menschheit angesehen. Aus diesem Grunde werden die Anstrengungen der WHO bei der Bekämpfung dieser Seuche wohlwollend unterstützt. Besonders mit Blick auf die politische Entwicklung im Nahen Osten wird die Verbreitung des HIV-Erregers mit großer Bestürzung verfolgt. Bis heute ist es jedoch durch die Arbeit des Nationalen AIDS-Komitees in Syrien gelungen, einem Übergreifen der Seuche auf die syrische Bevölkerung vorzubeugen. Die offizielle Quote an Aids Erkrankter liegt bei null Prozent. Bei der minimalen Anzahl infizierter Menschen (z. Zt. 256 Fälle) in Syrien handelt es sich ausschließlich um Ausländer, die in der Regel in ihre Heimatländer zurückgeführt werden.

#### *UNAIDS*

Das am 1. Januar 1996 gegründete *Joint United Nations Programme on HIV/AIDS (UNAIDS)* ist eine konzertierte Aktion im Kampf gegen AIDS unter Beteiligung von UNICEF, UNDP, UNPF, UNESCO, Weltbank und WHO. Ziel ist eine Effektivierung und Konzentrierung der bisherigen Einzelanstrengungen. Während der Verhandlungen zu den Resolutionen unterstützte Syrien diese Entwicklung. Die Strategie war hierbei, wie auch bei den folgenden Themen, während des *Caucusing* Einfluß auf die Formulierung der Papiere zu nehmen und sich

mit offiziellen Verlautbarungen zurückzuhalten. Das Hauptanliegen war, die nationale Souveränität bei der Aids-Prävention zu bewahren. Durch Koalitionen mit verschiedenen Ländern, die unter ähnlichen nationalen Voraussetzungen agierten, konnte dies erreicht werden.

Bei der Frage der Einbindung des bisherigen *Global Programme on AIDS* der WHO konnte Syrien leider nicht durchsetzen, die Rolle der WHO als *primus inter pares* innerhalb von UNAIDS zu forcieren. Es wurde lediglich eine gleichberechtigte Einbindung des Programms beschlossen. Die Resolutionen zu Topic (1) sind bei der abschließenden Abstimmung im Konsens angenommen worden.

#### *Soziale Folgen von Aids*

Bei der Diskussion der sozialen Folgen der Aids-Epidemie arbeitete Syrien eng mit Staaten zusammen, die im Gegensatz zu westlichen Vorstellungen einen eigenen, durch Kultur und Tradition definierten Standpunkt in Bezug auf die Menschenrechte einnehmen. Durch syrische Intervention konnten Formulierungen, die ausschließlich auf dem westlichen Menschenrechtsverständnis basierten, in eine konsensfähige Form gebracht werden. Zusätzlich initiierte Syrien gemeinsam mit anderen Staaten eine Resolution, welche die sozialen Bedingungen von Frauen und Flüchtlingen unter Wahrung der kulturellen und traditionellen Identität verbessern soll. Grundlage bei der Umsetzung der Resolution soll die Achtung der jeweiligen nationalen Souveränität sein.

Die endgültigen Fassungen der Resolutionen wurden abschließend mit überwältigender Mehrheit angenommen. Die Diskussion des dritten Punktes mußte aus zeitlichen Gründen leider entfallen.

Abschließend kann festgehalten werden, daß die Diskussionen in einem angenehmen Arbeitsklima stattfanden, da allen Beteiligten bei der Bekämpfung der Aids-Epidemie an einem breiten Konsens gelegen war. Vor diesem Hintergrund ist auch die vergleichsweise schnelle und zumeist einstimmige Verabschiedung der Resolutionen zu sehen. Das Thema „Aids“ wurde zudem nicht als Bühne für zwischenstaatliche Kontroversen mißbraucht.